

Aktualisierte
Neuaufgabe
2024

DAS RECHT, NICHT GEHEN ZU MÜSSEN

EUROPÄISCHE POLITIK & FLUCHTURSACHEN



WIEN



INHALT

- 1** Vorwort
- 2** **Flucht:** Wo liegen die Ursachen wirklich?
- 5** Plünderung, Gewalt, Klimakatastrophe – Warum Menschen in **Nigeria** fliehen
- 9** „Es geht auch darum, **globale Rahmenbedingungen und Spielregeln zu verändern**“ – Ein Interview mit **Afrique-Europe-Interact**
- 11** Die **Klimakatastrophe** als ein Teil des Ursachenbündels für den Bürgerkrieg in **Syrien**
- 13** **Militärisch aufgerüstete Grenzen:** tödlich, teuer, ungerecht
- 16** Das **Recht, nicht gehen** zu müssen
- 18** **Inklusive Solidarität:** „Nur gemeinsam sind wir stark“ – Ein Interview mit **Carmen Ludwig**
- 19** **Lieferkettenrichtlinie:** Jetzt umsetzen!
- 21** „Wir können die **Situation aller Arbeiter*innen verbessern**“ – Ein Interview mit dem TIE-Netzwerk
- 23** **Arbeit ohne Papiere**, aber nicht ohne Rechte – Ein Interview mit der Beratungsstelle UNDOK
- 24** Um mal **ganz einfach** zu **fragen...** – Für eine gepflegte Stammtischdiskussion
- 25** Für eine Fluchtursachenbekämpfung, die **soziale Ungleichheit überwindet**
- 26** **Glossar**
Alle so > **markierten Begriffe** werden im Glossar erklärt
- 28** **Quellenverzeichnis**
-

IMPRESSUM

Redaktion Marie-Luise Wallis und Maximilian Pichl – basierend auf der im Auftrag der AK Wien erstellten Studie von Sonja Buckel und Judith Kopp, *Das Recht, nicht gehen zu müssen – Europäische Politik und Fluchtursachen*
Inhaltliche Betreuung Lukas Oberndorfer | **Aktualisierung der 3. Auflage** Emma Wyschata
Grafische Gestaltung, Layout und Illustrationen Julia Stern, design@scheresternpapier.at

Herausgegeben von Arbeiterkammer Wien, Medico international, ÖGB | solidar.

Medieninhaber Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0
Druck Druckerei Berger, Horn | **3. Auflage**, Stand: April 2024
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum, ISBN 978-3-7063-0879-3

Ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der Herausgeberinnen und durch die Unterstützung von PRO-GE, GPA, VIDC, Brot für die Welt, ProAsyl und ÖGB – Internationales Referat



Das Österreichische Umweltzeichen für Druckerzeugnisse, UZ 24, UW 686
Ferdinand Berger & Söhne GmbH.



VORWORT

Wenn über die Themen Flucht und Migration gesprochen wird und die möglichen Gründe, warum Menschen ihr Zuhause verlassen, zeigt der Finger oft auf die anderen. Egal ob Krieg, Hunger oder Armut, die Ursachen für Flucht und Migration werden meist ausschließlich dort gesucht, wo das eigentliche Drama seinen Anfang nimmt.

DOCH DIESE SICHTWEISE greift zu kurz. Die tatsächlichen Fluchtursachen liegen tiefer, in einem ungerechten globalen System, das Armut, Hunger, Klimaerhitzung und Kriege erzeugt.

Dementsprechend greift auch die Bekämpfung von Fluchtursachen oft zu kurz. Anstatt lediglich „Hilfe vor Ort“ zu leisten, was gerne als einfache Lösung ohne konkrete Taten ausgesprochen wird, wäre es an der Zeit, unsere Produktions- und Lebensweise zu hinterfragen, die an anderen Orten der Welt dazu führt, dass Menschen ihre Herkunftsorte verlassen müssen.

Wir meinen, es gibt einen besseren Weg, über Fluchtursachen zu reden. Einen, der die globale Verantwortung in den Blick nimmt und nach Gerechtigkeit sucht, der die Welt nicht in „Wir“ und „Die“ einteilt und uns gegeneinander ausspielt, sondern uns gemeinsam solidarische Lösungen finden lässt. Diese Broschüre soll dazu Hintergründe erläutern und Anregungen geben. Am Beispiel von Ländern und Konfliktherden wie Nigeria und Syrien wird gezeigt,

wie eine ungerechte Welt- und Wirtschaftsordnung Menschen zur Flucht zwingt. Wie kann vor diesem Hintergrund eine andere Perspektive auf Fluchtbewegungen aussehen, die die globale Ungleichheit zur Debatte stellt? Konkrete Organisationen, Ansätze und Projekte werden vorgestellt, die schon heute beweisen, dass es anders gehen kann.

**WIR MEINEN:
ES GIBT EINEN
BESSEREN WEG, ÜBER
FLUCHTURSACHEN
ZU REDEN.**

Die inhaltliche Grundlage der vorliegenden Broschüre bildet die Studie *Das Recht, nicht gehen zu müssen*. Eine Analyse der Europäischen „Fluchtursachenbekämpfung“ im Kontext globaler Ungleichheit, die die Politikwissenschaftlerinnen Sonja Buckel und Judith Kopp im Auftrag der Arbeiterkammer Wien erstellt haben. Statt Fluchtursachen nur einseitig in der korrupten und undemokratischen Verfasstheit vieler Herkunftsstaaten zu verorten, thematisiert die Studie, wie globale Ungleichheit und Klimakrise, gerade auch vorangetrieben durch europäische Politik, diese Fluchtursachen (mit-)produzieren. Davon ausgehend werden Handlungsmöglichkeiten für Politik und Gewerkschaften aufgezeigt, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

Die Neuauflage der Broschüre bezieht wichtige Entwicklungen der letzten Jahre mit ein. So stieg beispielsweise die Zahl der Menschen, welche sich weltweit auf

der Flucht befinden seit 2020 von 82,4 Millionen auf 108 Millionen, da die globale Ungleichheit und die zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise weitere Konflikte hervorbringen. Gleichzeitig gab es jedoch auch wichtige Errungenschaften im Kampf für eine gerechtere Wirtschaftsordnung: im Frühjahr 2024 einigten sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine Lieferkettenrichtlinie, welche Unternehmen stärker in die Verantwortung nimmt, wenn durch ihre Aktivitäten Menschen oder die Umwelt Schaden nehmen.

Die Studie und die Broschüre richten sich an all jene, die sich eine Veränderung der gegenwärtigen Debatte über Flucht und Migration wünschen und einen differenzierten und informierten Blick auf das Thema werfen möchten.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!



Renate Anderl,
Präsidentin der
Arbeiterkammer Österreich



Ramona Lenz,
Sprecherin der stiftung
medico international



Peter Schissler,
Vorsitzender von solidar,
entwicklungspolitischer
Verein im ÖGB

FLUCHT: WO LIEGEN DIE URSACHEN WIRKLICH?

300 Liter Regen fielen im Jahr 2018 im Nordosten Deutschlands, etwa so viel wie in der Steppenlandschaft Serengeti. Viel zu wenig für die dortige Land- und Forstwirtschaft. Längst ist die > **Klimakatastrophe** in Europa spürbar angekommen. Dürre, Hagel und andere Extremwetterereignisse zerstören immer wieder Ernten, die Grundwasservorräte gehen zur Neige. **Die Auswirkungen der Klimakatastrophe kommen in Europa an.**

IN DEN LÄNDERN des > **Globalen Südens** ist die Erderhitzung bereits in vollem Gange. Etwas anbauen kann man in Teilen Nigerias schon lange nicht mehr. Stetig frisst sich die Wüste dort weiter ins Land vor, entzieht ganzen Dorfgemeinschaften die Lebensgrundlage, zwingt sie zur Flucht. Dies ist nur ein Beispiel für die verheerenden Auswirkungen der menschengemachten Klimakatastrophe. Weltweit mehren sich die Krisenherde, versinken Siedlungen im Meer, eskalieren die Konflikte um einträgliches Land. Verursacht wird dieser bedrohliche Wandel jedoch vorwiegend durch die Politik und Wirtschaft der reichen Industrienationen. Oxfam, eine internationale Entwicklungsorganisation, zeigt in einer Studie auf, dass das reichste eine Prozent der Bevölkerung im Jahr 2019

für 16% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich war – das ist gleichviel wie die ärmsten 66% der Weltbevölkerung, also 5 Milliarden Menschen, verursacht haben. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung waren im selben Jahr für die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich (Oxfam 2023). Zum Vergleich: In Österreich wurden im Jahr 2022 pro Kopf durchschnittlich 6,94 Tonnen > CO₂ verbraucht, in Nigeria nur 0,566 Tonnen (European Commission et al 2023).

Wir müssen unseren Blick also in erster Linie auf die Lebens- und Produktionsweise in den reichen Staaten der Welt lenken.

Wichtig ist eine Wendung der Debatte um Fluchtursachenbekämpfung um 180 Grad: Im Zentrum muss die Verwirklichung sozialer Rechte für alle stehen und eine Überwindung der globalen Ungleichheit.

> : Alle so markierten Begriffe werden am Ende in einem Glossar erklärt





**KEIN
MENSCH
IST
ILLEGAL**

**FREEDOM OF
MOVEMENT IS
EVERYBODY'S RIGHT!**

**STOPPT
ALLE
WAFFEN-
EXPORTE!**

**AVEC LES
SANS-
PAPIERS**

**WIR SIND
HIER, WEIL
IHR UNSERE
LÄNDER
ZERSTÖRT!**

**LANDRAUB
STOPPEN**

**MIGRATION
SHOULD BE
A CHOICE,
NOT A
NECESSITY***

**SYSTEM
CHANGE,
NOT
CLIMATE
CHANGE.**

**LIEFER-
KETTEN-
GESETZ
JETZT!**

**FÜR DAS
RECHT,
NICHT
GEHEN
ZU MÜSSEN!**

**WE ARE HERE
BECAUSE
YOU WERE
THERE!**

GERECHTE WELTWIRTSCHAFT!

*New York Declaration for
Refugees and Migrants 2016

WO DIE URSACHEN WIRKLICH LIEGEN

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WGBU) der deutschen Bundesregierung geht davon aus, dass der Klimawandel bis Mitte des Jahrhunderts

MIGRATIONSBEWEGUNGEN IN DREISTELLIGER MILLIONENZAHL

auslösen könnte.

WGBU 2018

2022 erzielten Europäische **MINERALÖL-UNTERNEHMEN** durchschnittlich um **70% HÖHERE GEWINNE** als im Vorjahr.

Gleichzeitig gingen im Durchschnitt 92,7% ihrer Investitionen in die Erhaltung von fossiler Infrastruktur und die weitere Förderung von Öl und Gas.

Greenpeace 2023

DIE EU IST WELTWEIT DER ZWEITGRÖSSTE ZERSTÖRER VON TROPENWÄLDERN.

Wichtige Ökosysteme werden dadurch für immer vernichtet.

Zusätzlich hat dies allein im Jahr 2017 einen Ausstoß von 116 Mio. Tonnen CO₂ verursacht.

WWF 2021

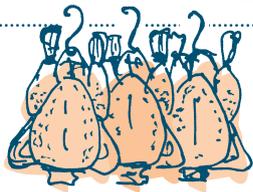


Private und staatliche Investor*innen eignen sich im globalen Süden und Osteuropa große Landflächen an, um dort kommerzielle Landwirtschaft zu betreiben.

Dieses **LANDGRABBING**

hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, führt zu Konflikten um Wasser und Nutzfläche und zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung.

Land Matrix 2021



Die EU bildet mit Abstand den

HAUPTEXPORTEUR VON BILLIGEM GEFLÜGELFLEISCH NACH WESTAFRIKA.

Aufgrund dieser Exporte sank in Ghana der heimische Produktionsanteil an Geflügelfleisch von 54% in 2000 auf 21% in 2018.

Zamani et al. 2022



Die Palmöl-Produzenten Cargill und Wilmar konnten zwischen 2015 und 2018 mit der

VERBRENNUNG VON RUND 300.000 HEKTAR LANDFLÄCHE

in Indonesien in Verbindung gebracht werden. Das entspricht einer Fläche, die größer ist, als das österreichische Bundesland Vorarlberg.



Die **WELTWEIT GRÖSSTEN DREI WAFFENEXPORTEURE**

sind die USA, Frankreich und Russland.

42 PROZENT

der globalen Waffenexporte können im Zeitraum 2019 – 2023 allein den USA zugeschrieben werden.

SIPRI 2024



NIGERIA

PLÜNDERUNG, GEWALT, KLIMAKATASTROPHE: WARUM MENSCHEN IN NIGERIA FLIEHEN

Auf dem Papier zählt Nigeria zu den reichsten Ländern auf dem afrikanischen Kontinent: Das Land ist die größte Volkswirtschaft Afrikas. Paradoxerweise ist es „gerade der Reichtum an Rohstoffen, der Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft“ (medico international 2011). Denn bei den Einzelnen kommt von den Gewinnen nichts an. Die Weltbank schätzt, dass knapp 40 Prozent der Menschen in Nigeria von weniger als 2,15 Dollar pro Tag leben müssen (World Bank 2024). Viele müssen ihr Zuhause verlassen, die meisten bleiben im Land oder suchen Schutz in einem Nachbarstaat. Einige fliehen weiter in Richtung Europa. Nigerianer*innen stellten 2017 mit über 18.200 Schutzsuchenden die größte Gruppe dar, die über das Mittelmeer europäisches Territorium erreichte.

Wie kann es sein, dass in der leistungsstärksten Volkswirtschaft Westafrikas die Menschen in bitterer Armut leben und jährlich Hunderttausende zur Flucht gezwungen werden?

1

FLUCHTURSACHE REICHTUM

Kaputte Gesundheit, zerstörtes Land

In den rohstoffreichen Regionen wird den Bewohner*innen das Land von der nigerianischen Regierung für die Ölförderung weggenommen – wie

schon zur Zeit der britischen > **Kolonialherrschaft**. Die nigerianische Elite und > **transnationale Unternehmen** profitieren, die geplünderten Regionen und ihre Bewohner*innen bekommen nichts von den Gewinnen ab und werden mit den verheerenden Folgen der Ölförderung zurückgelassen. Denn diese findet unter schlechten Arbeitsbedingungen statt und schädigt die Gesundheit der nigerianischen

Arbeiter*innen. Auch ökologisch hat sie gravierende Folgen: Millionen Tonnen ausgelaufenes Erdöl verseuchen Wälder, Boden und Flüsse. Das Nigerdelta ist die Region mit den meisten Ölkatastrophen weltweit.



Die Gewinne aus der Rohstoffförderung fließen nicht ins Land

Nigerias Wirtschaftsleistung beruht auf Erdöl- und Erdgasvorkommen. Doch nicht die Bevölkerung, sondern europäische Großkonzerne wie Shell fördern seit den 1950er Jahren die Ressourcen. Regierungen und Konzerne aus dem > **Globalen Norden** haben mit unfairen Handelsregeln verhindert, dass Nigeria eigene Betriebe aufbauen konnte. So muss Nigeria sogar den Großteil seines Benzins aus Europa importieren.



„In den 1960er Jahren konnte Nigeria die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen und war bekannt für seine globale Stellung, was landwirtschaftliche Güter anging. **Wir fanden Öl und wurden zu abhängig davon.**

Kurz darauf wurde Nigeria zu einem Importeur von Nahrungsmitteln, der durchschnittlich 11 Milliarden allein für den Import von Weizen, Reis, Zucker und Fisch ausgab (...) Wir müssen uns von der Abhängigkeit von Rohöl befreien.“

Akinwumi Adesina, nigerianischer Landwirtschaftsminister, 2013



Ausverkauf der nigerianischen Milchproduktion

Zugunsten der Ölförderungen wurden andere Wirtschaftszweige in Nigeria lange Zeit vernachlässigt. Vor allem auf den Agrarsektor hat das massive Auswirkungen. Rund 35 Prozent der nigerianischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig (GIZ et al. 2021). Trotzdem werden immer mehr Lebensmittel aus den reichen Staaten der Welt importiert. Die lokalen Betriebe können mit den Preisen der Erzeugnisse aus den hoch subventionierten EU-Landwirtschaften nicht mithalten.



„Europäische Molkereien kaufen kleine Molkereien in Nigeria auf und rüsten sie nach hochmodernen Standards um. Bei der Joghurtherstellung verarbeiten sie dann 90 Prozent importiertes billiges Milchpulver aus der EU, nur 10 Prozent der Milch wird lokalen Zulieferern abgekauft. Selbst die Joghurtbecher kommen aus der EU oder Südostasien. Damit werden kaum Arbeitsplätze und keine ökonomischen Perspektiven geschaffen.“

Francisco Mari,
Referent bei Brot für die Welt,
2020



2

ARMUT, GEWALT UND TERROR



Eine Studie der Vereinten Nationen hat herausgefunden: Weniger als durch religiöse Motive treiben vielmehr **Armut, Arbeitslosigkeit und fehlende Lebensperspektiven** viele Jugendliche dazu, sich der terroristischen Gruppe **> Boko Haram** anzuschließen (UNDP 2017). Davon erhoffen sie sich wirtschaftliche Sicherheit, indem die Terrorist*innen ihnen Arbeit und Auskommen versprechen.

Rund 32.000 Menschen sind in Konflikten mit der Terrororganisation bereits getötet worden – **Millionen wurden in die Flucht getrieben.**



3

NIGERIA IM ZENTRUM DER KLIMAKATASTROPHE

Dürren und Überschwemmungen

Die Wetterereignisse werden immer extremer. 2014 warnte der Weltklimarat vor diesen – durch den Menschen verursachten – Veränderungen, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingen werden. So sind in den letzten Jahrzehnten die jährlichen Niederschlagsmengen gesunken – im Norden Nigerias und der gesamten Sahel-Zone



um 25 Prozent. Gleichzeitig zerstören extreme Regengüsse Ernten von ansässigen Bauern und Bäuerinnen und führen zu Überschwemmungen. Im Jahr 2022 wurden 2,4 Millionen Menschen innerhalb Nigerias aufgrund von Überschwemmungen zur Flucht gezwungen (IDMC 2024).

Steigende Meeresspiegel

Entlang der Küste lebt ein Viertel der Einwohner*innen Nigerias. Der steigende Meeresspiegel führt dazu, dass Salzwasser ins Festland eindringt und Felder und Grundwasser schädigt. Ganze Siedlungen mussten daher bereits verlassen werden.



Wasserknappheit

In Nigeria sind die Folgen der > **Klimakatastrophe** schon heute spürbar: Wasserknappheit und Dürren grassieren im Land. Jährlich werden etwa 3.500 Quadratkilometer Land zu Wüste, das Acker- und Weideland schrumpft. Rund um den Tschadsee zeigt sich das Ausmaß der Klimaerhitzung besonders drastisch.

„Wenn also so viele Menschen wegziehen müssen, weil der See austrocknet, dann müssen sie ja irgendwo hin. Sie gehen nach Süden und geraten dort in Konflikte mit anderen Farmern, sie streiten sich mit ihnen um Land. Das wird dann manchmal als religiöser Konflikt verschiedener Volksgruppen beschrieben. Dabei entsteht diese Gewalt wegen des Klimawandels. Es sind Klima-Kriege. Klima-Konflikte.“

Nnimmo Bassey,
nigerianischer Umweltschützer, 2016



Über die letzten drei Jahrzehnte verschwanden rund 90 Prozent des Sees. Von den einst ca. 25.000 Quadratkilometern sind nur noch 1.500 übrig.

„ES GEHT AUCH DARUM, GLOBALE RAHMENBEDINGUNGEN UND SPIELREGELN ZU VERÄNDERN“

Ein Interview mit Afrique-Europe-Interact.

Seit 2011 kämpfen afrikanische und europäische Aktivist*innen gemeinsam für das > **Recht auf Bewegungsfreiheit** für alle und gegen die globale Ungerechtigkeit.

Olaf Bernau von der Initiative gibt im Interview einen Einblick, wie es dazu kam und was das Netzwerk Ehrenamtlicher alles auf die Beine stellt.

WISSEN

Initiative
Afrique-Europe-Interact
Für Bewegungsfreiheit &
selbstbestimmte Entwicklung

Afrique-Europe-Interact ist ein transnationales, ausschließlich ehrenamtlich arbeitendes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Aktivist*innen vor allem in Mali, Togo, Burkina Faso, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

www.afrique-europe-interact.net

Warum hat sich das Netzwerk gegründet?

Afrique-Europe-Interact ist aus einer, von migrantischen Gruppen in Mali initiierten, mehrwöchigen Buskarawane zwischen der malischen Hauptstadt Bamako und der senegalesische Hauptstadt Dakar hervorgegangen. Es beteiligten sich 200 Aktivist*innen aus afrikanischen und 50 Aktivist*innen aus europäischen Ländern. Ziel der Karawane war der Austausch mit der lokalen Bevölkerung, dabei ging es sowohl um die Situation von Migrant*innen und Abgeschobenen als auch um Flucht- beziehungsweise Migrationsursachen, beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Bergbau. Dieser doppelten Agenda ist Afrique-Europe-Interact bis heute treu geblieben. Wir setzen uns einerseits

für das Recht auf Bewegungsfreiheit ein, andererseits unterstützen wir lokale Kämpfe von Bauern und Bäuerinnen gegen > **Landgrabbing** oder von Menschenrechtler*innen in Togo.

Welche Projekte und Aktivitäten verfolgt ihr?

Das Spektrum der Tätigkeiten von Afrique-Europe-Interact hat sich seit 2011 erheblich aufgefächert: Erstens unterstützen wir Migrant*innen dabei, nicht in Not zu geraten oder ihr Leben zu gefährden – hierzu gehört unter anderem das Alarmphone Sahara oder das Rasthaus Baobab für Frauen in Rabat. Zweitens arbeiten wir mit diversen bäuerlichen Kollektiven zusammen, etwa einer bäuerlichen Basisgewerkschaft in Mali oder dem ökologischen Künstler*innendorf Faso Kele in Guinea. Drittens unterstützen wir Aktivitäten für demokratische Teilhabe in Togo oder gegen islamistische Gewalt in Mali. Viertens arbeiten wir an verschiedenen Orten mit Frauen-



kollektiven zusammen, häufig geht es um Lebensmittelverarbeitung oder Gartenprojekte, dies jedoch immer mit einer politischen Agenda zugunsten der Rechte von Frauen und Mädchen.

Wenn wir **Wir** sagen, dann ist das ein hochgradig gemischtes **Wir**: Die Mehrheit der Mitglieder von Afrique-Europe-Interact sind Bauern und Bäuerinnen, auch auf europäischer Seite sind wir ein gemischtes Netzwerk, an dem Menschen mit und ohne Flucht- beziehungsweise Migrationserfahrung beteiligt sind. Wir versuchen stets, unseren politischen Aktivismus mit praktischer Solidarität zu verbinden, im Mittelpunkt steht das Ziel, in konkreten Alltagskämpfen praktische Verbesserungen zu erzielen.

Wie ist eure Position zu der weit verbreiteten These „Fluchtursachen müssen in den Herkunftsländern bekämpft werden“?

Flucht- bzw. Migrationsursachen sollten auf jeden Fall bekämpft werden, alles andere wäre zynisch gegenüber all jenen Menschen, die in häufig nur schwer erträglichen Verhältnissen leben. Allerdings sollten Fluchtursachen nicht bekämpft werden, um Flucht und Migration zu

reduzieren. Denn in unseren Augen ist **> Bewegungsfreiheit** ein Menschenrecht. Außerdem zeigt die Geschichte, dass Migrant*innen auf verschiedenen Ebenen einen ganz entscheidenden Beitrag zur Verbesserung von Lebensverhältnissen in ihren Herkunftsregionen leisten können, unter anderem mit ihren regelmäßigen Rücküberweisungen an ihre Familien.

Wenn wir von der Bekämpfung von Fluchtursachen reden, dann meinen wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Migration, deren Ursprünge in der Sklaverei und im **> Kolonialismus** liegen. Bei der Bekämpfung von Fluchtursachen geht es also um ungerechte Handelsbeziehungen, um die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen, um Rohstoffplünderung oder um korrupte Eliten, die sich häufig nur durch die Unterstützung aus dem **> Globalen Norden** an der Macht halten können.

Was wären aus eurer Perspektive konkrete politische Schritte, um globale Gerechtigkeit zu erreichen?

Globale Gerechtigkeit erfordert beides: Einerseits kann globale Gerechtigkeit nur von unten kommen, indem sich Migrant*innen, Bauern und Bäuerinnen, Schüler*innen, Frauen*,

> LGBT, Arbeiter*innen oder wer auch immer zusammenschließen und für ihre jeweiligen Rechte kämpfen. Andererseits sollten lokale Kämpfe immer mit anderen lokalen Kämpfen zusammengeschlossen werden, denn es geht auch darum, globale Rahmenbedingungen und Spielregeln zu verändern. Insofern haben die lokalen Organisationsprozesse und Kämpfe für uns Vorrang, gleichzeitig geht es nicht ohne globale Vernetzung und Bündnisarbeit. Hierzu gehört für uns auch, Politiker*innen direkt anzusprechen, sie mit Informationen zu versorgen, sie aber auch unter Druck zu setzen.

Insgesamt ist Veränderung ein komplexer Prozess auf vielen Ebenen, das versuchen wir in unserer Arbeit abzubilden, auch wenn sich das immer nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein anfühlen mag.



SYRIEN

DIE KLIMAKATASTROPHE ALS EIN TEIL DES URSACHENBÜNDELS FÜR DEN BÜRGERKRIEG IN SYRIEN

Seit vielen Jahren tobt in Syrien ein brutaler Bürgerkrieg. Über 380.000 Todesopfer sind bislang zu beklagen, **13 Millionen Syrer*innen befinden sich auf der Flucht**. Das Militär schlug im Jahr 2011 die zivilgesellschaftlichen Proteste für Demokratie und Freiheit und gegen das Assad-Regime brutal nieder. Dadurch wurde eine Gewaltspirale ausgelöst, die bis heute anhält.

**ÜBER 40-JÄHRIGE
UNTERDRÜCKUNG DURCH
DAS ASSAD-REGIME
ÜBERWACHUNG,
WILLKÜRliche INHAFTIERUNGEN,
FOLTER UND TÖTUNG**



**PROTESTE FÜR
DEMOKRATIE & FREIHEIT**

**NIEDERSCHLAGUNG
DER PROTESTE
DURCH DAS
SYRISCHE MILITÄR**

**WAFFENEXPORTE
U.A. DURCH DIE EU
RÜSTEN DAS
SYRISCHE MILITÄR**

**AUSBEUTUNG DES
GRUNDWASSERS
FÜR INDUSTRIELLE
LANDWIRTSCHAFT**

**IMMER WENIGER
WASSER AUS DEM
FLUSS EUHRAT
UNTER ANDEREM
DURCH STAUDÄMME
IN DER TÜRKEI**

**KLIMA-
ERHITZUNG &
NATÜRLICHE
KLIMATISCHE
SCHWANKUNGEN**

**DÜRREN IN SYRIEN
2006/07 UND 2010/11**

**SYRISCHE GESELLSCHAFT
LEIDET UNTER
WASSERKNAPPHEIT**

**FLUCHTBEWEGUNG INNERHALB DES LANDES
ÜBER 800.000 MENSCHEN VERLOREN IHRE
LEBENSGRUNDLAGE UND ZOGEN OFT OHNE
PERSPEKTIVE IN DIE GROSSEN STÄDTE.**



BÜRGERKRIEG

**MEHR ALS 380.000 TODESOPFER, DARUNTER 22.000 KINDER,
88 TODESOPFER DURCH FOLTERUNG IN SYRISCHEN GEFÄNGNISSEN
13 MILLIONEN MENSCHEN AUF DER FLUCHT**

BEI SYRER*INNEN handelt es sich aktuell um die größte Gruppe Geflüchteter in Europa. In der Öffentlichkeit werden sie als Bürgerkriegsflüchtlinge dargestellt. Aber in dieser Geschichte fehlt ein Element. Was viele nicht wissen: die menschengemachte > **Klimakatastrophe**, die durch Konzerne und Regierungen der reichen Industrienationen angeheizt wird, hat auch einen Anteil am Konflikt. **Vor allem durch zwei große Dürren wurden die Menschen vom Land in die Städte getrieben, wodurch sich soziale Konflikte massiv zuspitzten.** Zudem sind im Laufe der Zeit immer wieder Waffen und Chemikalien aus Europa direkt oder über Umwege nach Syrien gelangt.

„Ob Krieg und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub – meist sind diese Fluchtursachen eng miteinander verwoben. Und fast immer hängen sie mit der zunehmenden globalen Ungleichheit zwischen Reich und Arm zusammen.“

medico international, 2018

Schließlich hat das Assad-Regime, mit Unterstützung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, Privatisierungen im öffentlichen Sektor vorangetrieben, mit fatalen Folgen für den Agrar- und Gesundheitssektor sowie das Bildungssystem. Diese

politischen Schritte führten zur Verarmung großer Teile der Gesellschaft. Der syrische Bürgerkrieg zeigt daher:

Es gibt niemals nur eine Ursache für Fluchtbewegungen, sondern ein ganzes Ursachenbündel.



MILITÄRISCH AUFGERÜSTETE GRENZEN — TÖDLICH, TEUER, UNGERECHT

DIE REGIERUNGEN und >transnationalen Unternehmen aus den reichen Industriestaaten weigern sich, ihre Verantwortung für die Fluchtursachen anzuerkennen und etwas zu ändern. Stattdessen setzt Europa auf eine harte und zunehmend militärisch aufgerüstete Grenzabschottung. Große Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen wie Thales, Leonardo oder European Security Fencing profitieren von der Grenzabschottung (Akkermann

2020): Sie schöpfen immense Gewinne aus dem Bau von Grenzanlagen.

Der Aufbau von Grenzen folgt dem Glauben, dies könnte die Migration stoppen. Doch die Migrationsforschung hat diese Annahme widerlegt: Migrationsbewegungen lassen sich nicht wie ein Wasserhahn auf- und wieder abdrehen, wie der Migrationsforscher Stephen Castles geschrieben hat (Castles 2005). Solange sich nichts grundlegendes

an der Ungerechtigkeit zwischen dem >Globalen Norden und Süden ändert, werden Menschen aus unterschiedlichen Gründen migrieren.

Schon seit über 30 Jahren hat die EU viel Geld in die Grenzabschottung gesteckt, ohne dass Flucht- und Migrationsbewegungen nachhaltig abgenommen hätten. Das was jedoch bewirkt wurde: Die europäische Grenze ist heute eine der tödlichsten der Welt.

76%

aller Flüchtlinge
leben im
> Globalen Süden

UNO
Flüchtlingshilfe 2022

Allein im Jahr 2020 wurden
an der griechisch-türkischen Grenze

9.798

GEFLÜCHTETE
illegal zurückgedrängt

Mare Liberum 2020

108,04

MIO MENSCHEN

SIND

WELTWEIT AUF DER FLUCHT

Das entspricht mehr als
einem Prozent der Weltbevölkerung

UNO Flüchtlingshilfe 2022

19,18

MILLIARDEN EURO

gibt die EU zwischen 2021 und 2027 für die **HOME AFFAIRS**
– sogenannte innere Angelegenheiten – aus.

Im Vergleich zum Finanzierungszeitraum
2014 bis 2020 wurde das Budget somit

**MEHR ALS
VERDOPPELT**

7,37

**MILLIARDEN
EURO**

davon erhielt der

**INTEGRATED BORDER
MANAGEMENT FUND (IBMF)**

Davon fließen 6,7 Milliarden Euro in
nationale oder gemeinsame
EU-Grenzschutzprogramme sowie die
gemeinsame Visa Policy.

Das entspricht **38,4 Prozent**.

9,88

**MILLIARDEN
EURO**

insgesamt erhielt der
Asyl-, Migrations- &
Integrationsfonds

AMIF

Das entspricht
51,5 Prozent.

1,93

**MILLIARDEN
EURO**

erhielt der
Interne Sicherheitsfond

ISF

Das entspricht
10 Prozent.

Seit der Gründung der Grenzagentur Frontex erhöhte die EU das Budget kontinuierlich.

Allein im kurzen Zeitraum 2021 bis 2024 wurde das jährliche Budget von

693 MIO EURO erhöht auf
922 MIO EURO
FRONTEX 2024

Um die Migration über das Mittelmeer effektiver kontrollieren zu können, hat die EU das satellitengestützte

ÜBERWACHUNGSSYSTEM EUROSUR

ins Leben gerufen.

Die dafür für die Jahre 2014 bis 2020 veranschlagten Kosten belaufen sich auf

339 MIO EURO

Baumann 2014

GELDER, DIE EIGENTLICH FÜR DIE KATASTROPHEN- UND ENTWICKLUNGSHILFE VORGESEHEN SIND, werden von der EU zunehmend für den Grenzschutz ausgegeben.

Seit 2017 hat sogar die sogenannte

LIBYSCHER KÜSTENWACHE

– eine korrupte Organisation von Milizen, die in ihrer Funktion immer wieder Menschen auf hoher See gewaltsam abdrängen, in Elendslager verbringen oder sogar ertrinken lassen – von der EU mindestens

59 MIO EURO

zum Zweck des Grenzschutzes erhalten.

Ärzte ohne Grenzen 2024

Zwischen 2014 und März 2024 sind über

29.000

Menschen im Mittelmeer ertrunken

International Organisation for Migration 2024

900 MIO EURO



haben die EU-Mitgliedstaaten für

GRENZMAUERN & GRENZZÄUNE

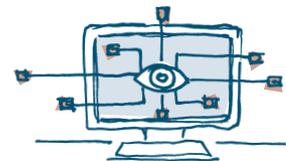
ausgegeben.

676,4 MIO EURO



für
EINSÄTZE AUF DER SEE

999,4 MIO EURO

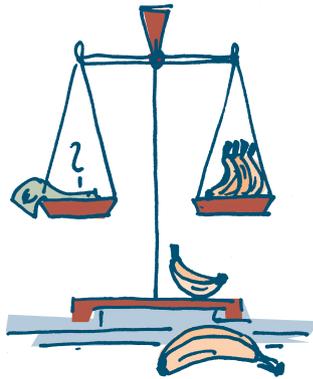


für
VIRTUELLE MAUERN



DAS RECHT, NICHT GEHEN ZU MÜSSEN!

Fluchtursachenbekämpfung darf nicht nur in den Herkunftsländern der Geflüchteten ansetzen. Die reichen Länder sind für die globale Ungleichheit verantwortlich. Es gilt, für ein Recht, nicht gehen müssen, zu streiten: Es braucht **globale soziale Rechte**, die menschenwürdige und **gute Lebensbedingungen für alle und überall** garantieren.



FAIRE HANDELS- POLITIK!

Die Staaten im > **Globalen Süden** müssen die Möglichkeit haben, eine selbstbestimmte Agrar- und Industrieförderung aufzubauen. Es darf **keine ungerechten Handelsabkommen mehr** geben, die die Staaten von den reichen Industrienationen abhängig machen.



KEINE WAFFEN- EXPORTE!

Die EU hat es nicht geschafft sicherzustellen, dass Waffen nicht in die falschen Hände fallen. Konflikte im globalen Süden werden durch den Waffenexport angeheizt. Deswegen ist ein **konsequentes Verbot** – zumindest des Exports **von Rüstungsgütern** – erforderlich.

DAS RECHT, NICHT GEHEN ZU MÜSSEN

Die Fluchtursachendebatte muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Dazu muss man sich trauen, das scheinbar Selbstverständliche in Frage zu stellen und **neu über die Dinge nachzudenken**.

WIR ALLE BEWEGEN UNS tagtäglich in einer Welt, in der es oft unmöglich scheint, das „Richtige“ zu tun. In den über Jahrzehnten gewachsenen Strukturen leben wir in einem System, in dem schon kleinste Alltagshandlungen Auswirkungen auf der ganzen Welt haben. Für den täglichen Coffee-to-go werden – oft unter > **Ausbeutung** von Mensch und Natur – Bohnen geerntet und gehandelt, durch die Produktion des Bechers CO₂ in die



DIE KLIMA-KATASTROPHE AUFHALTEN!

Eine **wirksame Klimapolitik** ist zu einer Frage des Überlebens geworden. Allianzen zwischen Gewerkschaften und der Klimabewegung sind nötig, um einen sozial gerechten und ökologischen Wandel einzuleiten.



LIEFER-KETTEN-GESETZE!

Menschenrechte und der Schutz der Umwelt müssen **in allen Wertschöpfungsketten beachtet** werden: Unternehmen dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen und müssen haften, wenn Mensch und Natur durch ihre Aktivitäten Schaden nehmen.

GEMEINSAM KÄMPFEN!

Schüler*innen, Gewerkschafter*innen, Migrant*innen, Landarbeiter*innen, Konsument*innen... **alle zusammen!, sind gemeinsam stark** gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung.

ZEIT-WOHLSTAND!

Wir müssen auch in Europa unsere alltägliche Lebensweise verändern – und das hat sogar viele Vorteile. Arbeitszeitverkürzungen und ein anderes Verständnis von Wohlstand helfen dabei, auch im Globalen Norden ein besseres Leben zu schaffen. Denn **Zeitwohlstand bedeutet gleichzeitig mehr Zeit** für Kreativität, Freizeit, Freunde und Familie und **auch für Politik!**



Atmosphäre geblasen und der Zucker hat den bitteren Beigeschmack von Kinderarbeit und **>Landgrabbing**.

Doch die Schuld dafür bei den Einzelnen zu suchen, hilft nicht weiter. Denn es sind Regierungen und große Konzerne, die ein solches Wirtschaftssystem zu Lasten vieler

Menschen auf der Welt aufrecht-erhalten. Auf einen Begriff gebracht, bewegen wir uns in den Strukturen der sogenannten **> Imperialen Lebens- und Produktionsweise**.

Ein kleiner Teil der Menschen hat Zugriff auf Wohlstand und Ressourcen, auf Kosten der ganzen Welt. Doch so muss es nicht sein: Die Imperiale Lebens- und Produktionsweise kann überwunden werden, mit Veränderungen auf vielen Ebenen.



WAS KANN MAN TUN?

Schon heute kämpfen Kolleg*innen und Gewerkschafter*innen mit konkreten Ansätzen und Projekten für eine gerechte Welt. Wie kann Solidarität zwischen Arbeiter*innen aus dem Globalen Norden und Süden hergestellt werden? **Was muss sich politisch ändern, damit kein Mensch gezwungen ist, sein Zuhause zu verlassen?**

Organisationen, Projekte und Netzwerke werden vorgestellt, die zeigen, was schon heute möglich ist!

INKLUSIVE SOLIDARITÄT: „NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK“

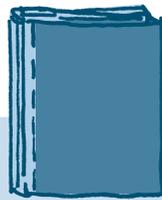
Carmen Ludwig ist Referentin für Internationales beim Hauptvorstand der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Zuvor arbeitete sie auch in transnationalen Projekten der IG Metall mit. Gemeinsam mit Kolleg*innen vertritt sie den Ansatz der „Inklusiven Solidarität“, der Arbeiter*innen und Gewerkschaftsmitglieder aus Europa und dem > **Globalen Süden** für gemeinsame Kämpfe zusammenbringt.

Warum ist es wichtig, dass Gewerkschaften eine internationale Perspektive einnehmen?

Unternehmen sind global vernetzt, Beschäftigte und ihre Vertretungen nicht. Das stärkt die Macht der Unternehmen. Nur gemeinsam sind wir stark – das Motto trifft auch international zu. In der Praxis merke ich das bei unseren Solidaritätskampagnen für die Einhaltung von Gewerkschaftsrechten. Wenn wir zusammen mit Bildungsgewerkschaften weltweit handeln, sind wir schlagkräftiger. Viele Herausforderungen, vor denen Beschäftigte stehen, sind letztlich global. Der internationale Austausch zeigt, dass wir viel voneinander lernen können.

Was versteht ihr unter Eurem Ansatz der „Inklusiven Solidarität“?

Der Begriff stammt von dem Sozialwissenschaftler Bodo Zeuner. Die Aufgabe von Gewerkschaften ist per se, Solidarität zwischen Beschäftigten herzustellen. Inklusiver Solidarität liegt der Gedanke zu Grunde, dass diese Solidarität erweiterbar ist und über die Interessenvertretung der eigenen Mitglieder hinausgeht. Dies kann verschiedene Formen annehmen: Gewerkschaften können vernachlässigte Gruppen wie zum Beispiel prekär Beschäftigte einbeziehen, sich transnational vernetzen oder die Anliegen



LITERATURTIPP

Carmen Ludwig, Hendrik Simon, Alexander Wagner (Hrsg.)
Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität?
Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus.

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2021, 258 Seiten, € 25,-

ihrer Mitglieder in den Kontext breiter gesellschaftlicher Kämpfe stellen.

Wie verbessert dieser Ansatz sowohl die Arbeitsbedingungen von Kolleg*innen aus dem Globalen Süden als auch aus dem Globalen Norden?

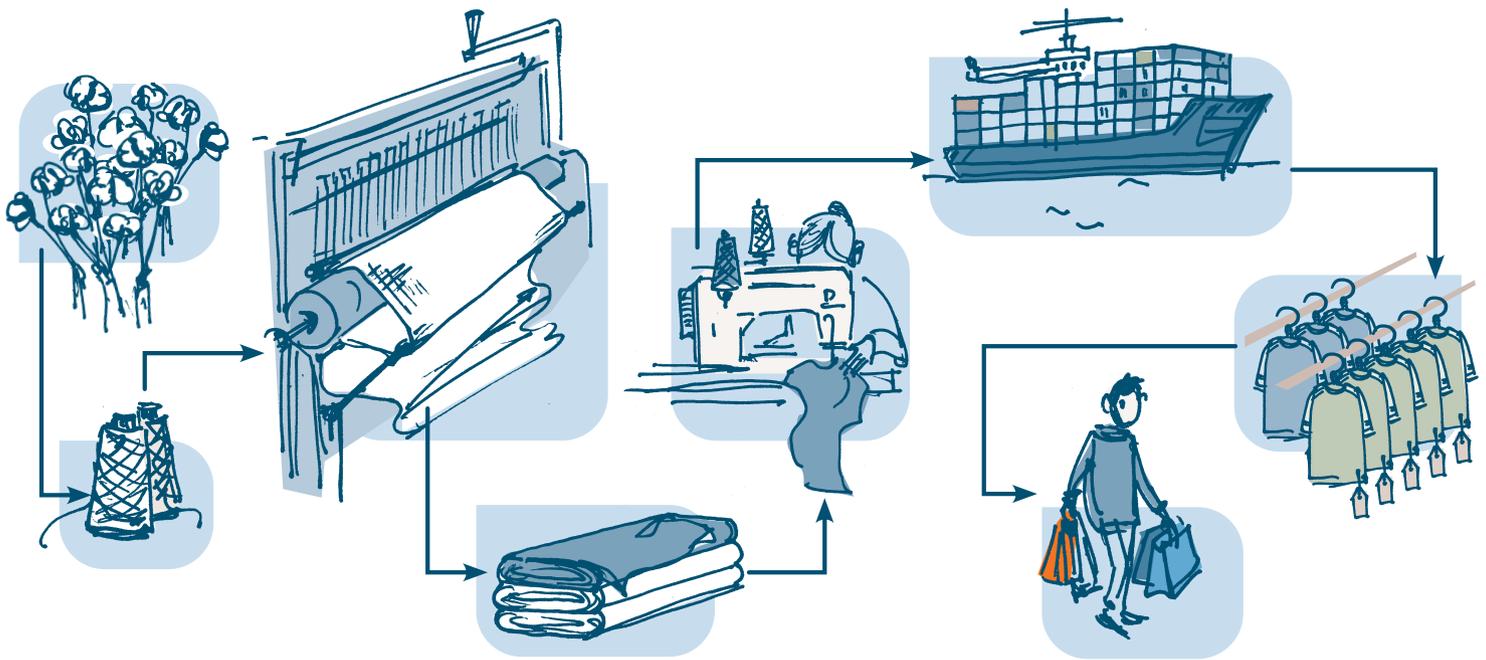
Der transnationale Austausch macht die > **Ausbeutung** insbesondere im > **Globalen Süden** sichtbar – die Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen im selben Unternehmen sind enorm. Betriebsrät*innen können ihre Kolleg*innen an anderen Standorten unterstützen, Verbesserungen

zu erstreiten und damit zeigen, dass sich die Beschäftigten nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Für diese Form der praktischen Solidarität gab es in den Projekten der IG Metall beeindruckende Beispiele. Auch die Gewerkschaften im > **Globalen Norden** profitieren, denn sie können so bei den Arbeitsstandards und Produktionsverlagerungen einem Wettlauf nach unten entgegenwirken. Das Eigeninteresse der Beteiligten trägt dazu bei, Gegenseitigkeit herzustellen. Eine wichtige Voraussetzung für Solidarität.

Was wäre eine wichtige politische Veränderung, damit sich die Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten verbessern?

Das Wichtigste sind starke Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen vor Ort. Ein Instrument können internationale Rahmenabkommen zwischen Gewerkschaftsverbänden und > **transnationalen Unternehmen** sein. Politisch setzen wir uns für ein wirkungsvolles > **Lieferkettengesetz** in Deutschland und der EU ein, das Unternehmen an die Einhaltung von Menschenrechten bindet.



LIEFERKETTENRICHTLINIE JETZT UMSETZEN!

ALS IN EINER TEXTIL-FABRIK im pakistani-schen Karachi 2012 wegen mangelhafter Brandschutzbestimmungen ein Feuer ausbrach, starben über 250 Arbeiter*innen. Die Fabrik war ein Zulieferer für das Unternehmen KiK, das billige Kleidung verkauft. Im August 2012 schossen südafrikanische Polizist*innen auf streikende Minenarbeiter*innen, 34 von ihnen starben. Der dortige Minenbetreiber Lonmin ist ein enger Partner des deutschen Chemiekonzerns BASF. Und im April 2013 stürzte die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch ein, über 1.100 Menschen verloren ihr Leben.

Freiwilligkeit funktioniert nicht, wenn es um Menschenrechte geht

Das sind nur einige Beispiele: Laut Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sterben jeden Tag rund 8.000 Menschen an ihrem Arbeitsplatz (ILO 2023). Die Europäische Kommission hat in einer Studie herausgefunden: Nur jedes dritte Unternehmen in der EU prüft überhaupt in den globalen

Lieferketten, wie es um die Einhaltung von Menschenrechten oder um die Auswirkungen auf die Umwelt bestellt ist (EU-Kommission 2020 b). Die freiwilligen Zusagen haben kaum etwas verändert. Die Tätigkeiten von Wirtschaftsunternehmen aus Europa führen weltweit zu massiven Menschenrechtsverletzungen.

Wie können Lieferkettengesetze effektiv wirken?

Eine Lösung: **Lieferkettengesetze**. Sie sollen einen sicheren gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Rechte der Arbeiter*innen geachtet werden. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die große Bedeutung von Arbeits-

ERFOLGE

Nach der Katastrophe von Rana Plaza haben die globalen Gewerkschaftsverbände IndustriALL Global und UNI Global mit 200 Markenherstellern (H&M, Lidl, Tchibo, etc.) das **rechtsverbindliche Bangladeshi Gebäudesicherheitsabkommen unterzeichnet, um die Arbeitssicherheit in den Fabriken zu verbessern**. Dieses Abkommen war erfolgreich, weil es die Arbeiter*innen zum Teil der Lösung des Problems machte, durch Schulungen und Beteiligung an Arbeitsschutzausschüssen in den Betrieben. Zum Abkommen gehörte auch eine unabhängige Einrichtung zur Kontrolle der Arbeitssicherheit in den Zulieferbetrieben. Die Kosten für diese Maßnahmen trugen die Markenhersteller selbst. **2021 trat ein Nachfolgeabkommen in Kraft, das auch eine geographische Ausweitung auf andere Länder ermöglicht.**

160 MIO KINDER

im Alter zwischen 5 und 17 Jahren
müssen weltweit arbeiten

**DAS IST JEDES
ZEHNTE KIND**



Ungefähr die Hälfte davon
– **79 MIO KINDER** –
arbeiten unter gefährlichen und ungesicherten Bedingungen.

ILO und UNICEF 2021

schutzrechten in den Lieferketten vor Augen geführt: Als Staaten auf der ganzen Welt Lockdowns verordneten, waren vor allem Arbeiter*innen aus Afrika oder Asien von heute auf morgen ohne Arbeit und ohne Rechte.

Lieferkettengesetze gibt es schon in einigen EU-Staaten, zum Beispiel in Frankreich, den Niederlanden oder auch Deutschland. In Österreich gibt es unter der Initiative „Menschenrechte brauchen Gesetze“ die Forderung nach einem effektiven Rechtsrahmen. Die Initiative wird von Arbeiterkammer, ÖGB und NGOs unterstützt und fordert, dass die Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette eingehalten werden müssen. Also nicht nur in der ausländischen Fabrik, wo Waren produziert werden, sondern auch auf den Feldern, Plantagen und Minen, in denen der Rohstoffabbau vonstattengeht – und wo oft die schlimmsten Arbeitsbedingungen herrschen.

Meilenstein: EU-Lieferkettengesetz verabschiedet

Im Frühjahr 2024 hat sich die EU nach schwierigen Verhandlungen auf eine Lieferkettenrichtlinie einigen können. Unternehmen werden dazu verpflichtet, ihre Lieferketten auf Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltzerstörung zu prüfen und riskieren Strafen und Schadenersatzzahlungen, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Trotz mancher Schwachstelle in der Ausgestaltung der Richtlinie ist damit ein wichtiger Meilenstein gelungen. Jetzt liegt es an den einzelnen Mitgliedsstaaten, die Verpflichtungen der Richtlinie in strenge nationale Gesetze zum effektiven Schutz von Mensch und Natur zu gießen.

**RUND 50 MIO MENSCHEN
LEBEN UNTER BEDINGUNGEN
MODERNER SKLAVEREI**

Walk Free und IOM 2022

Die Vereinten Nationen haben Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet, um Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten zu verhindern.

Staaten haben die Pflicht, Menschenrechte zu schützen.

Unternehmen haben die Verantwortung, in ihrem wirtschaftlichen Handeln Menschenrechte zu achten. Das gilt für die Lieferketten, wie auch Umweltauswirkungen oder Schäden durch die Produkte, zum Beispiel beim Verkauf von Waffen.

Die Staaten haben die Pflicht, den Arbeiter*innen und Betroffenen zu ermöglichen, Maßnahmen gegen die Verletzung ihrer Rechte zu ergreifen. Dazu gehören zum Beispiel Klagen gegen Unternehmen vor Gerichten.

In Deutschland und in Österreich fordern viele Gewerkschaften, Organisationen und Einzelpersonen, dass diese Leitlinien für Unternehmen, die im Ausland tätig sind, rechtsverbindlich umgesetzt werden.

KAMPAGNEN

Kampagne für ein Lieferkettengesetz in Österreich & in der EU! | NeSoVe
www.menschenrechte-brauchengesetze.at

Kampagne von medico international:
Menschenrechte vor Profite
<https://www.medico.de/kampagnen/menschenrechte-vor-profite>

EU-Kampagne
Justice is everybody's business
von gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen:
justice-business.org/de/startseite/

„WIR KÖNNEN DIE SITUATION ALLER ARBEITER*INNEN VERBESSERN“

Ein Interview mit dem TIE-Netzwerk.

Das TIE-EXChains-Netzwerk arbeitet schon seit über 40 Jahren dafür, dass sich Arbeiter*innen entlang der > **Wertschöpfungsketten** unterstützen.

Damit arbeiten sie auch aktiv an gegen die Fluchtursachen, die zum Beispiel > **transnationale Unternehmen** zu verantworten haben. **Michael Fütterer** vom TIE-Netzwerk erzählt, wie das funktioniert.

Warum hat sich das TIE Netzwerk gegründet?

TIE ist ein internationaler Arbeitszusammenhang, verankert im > **Globalen Norden und Süden**. Das Netzwerk entstand 1978 aus demokratischen und klassenbewussten Gewerkschaftsbewegungen im Globalen Süden, basisdemokratischen Gewerkschaften in Europa und den USA, sowie kritischen Wissenschaftler*innen. Prägend war die Erfahrung des Putsches gegen die sozialistische Allende-Regierung in Chile 1973. Mit Unterstützung von transnationalen Konzernen stürzten die Faschisten eine demokratische gewählte linke Regierung. Wir stehen für eine internationale Gewerkschaftsarbeit, die vom betrieblichen Alltag ausgeht, die Organisierung stärkt und den Kampf

um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen mit der Perspektive auf grundlegende gesellschaftliche Veränderung verbindet. Die Selbstorganisation von Beschäftigten ist für uns Mittel der Auseinandersetzung und Vorgriff auf eine andere Gesellschaft. In sozialen Kämpfen machen Menschen die Erfahrung, dass Arbeit, Leben und Gesellschaft anders organisiert sein könnten.

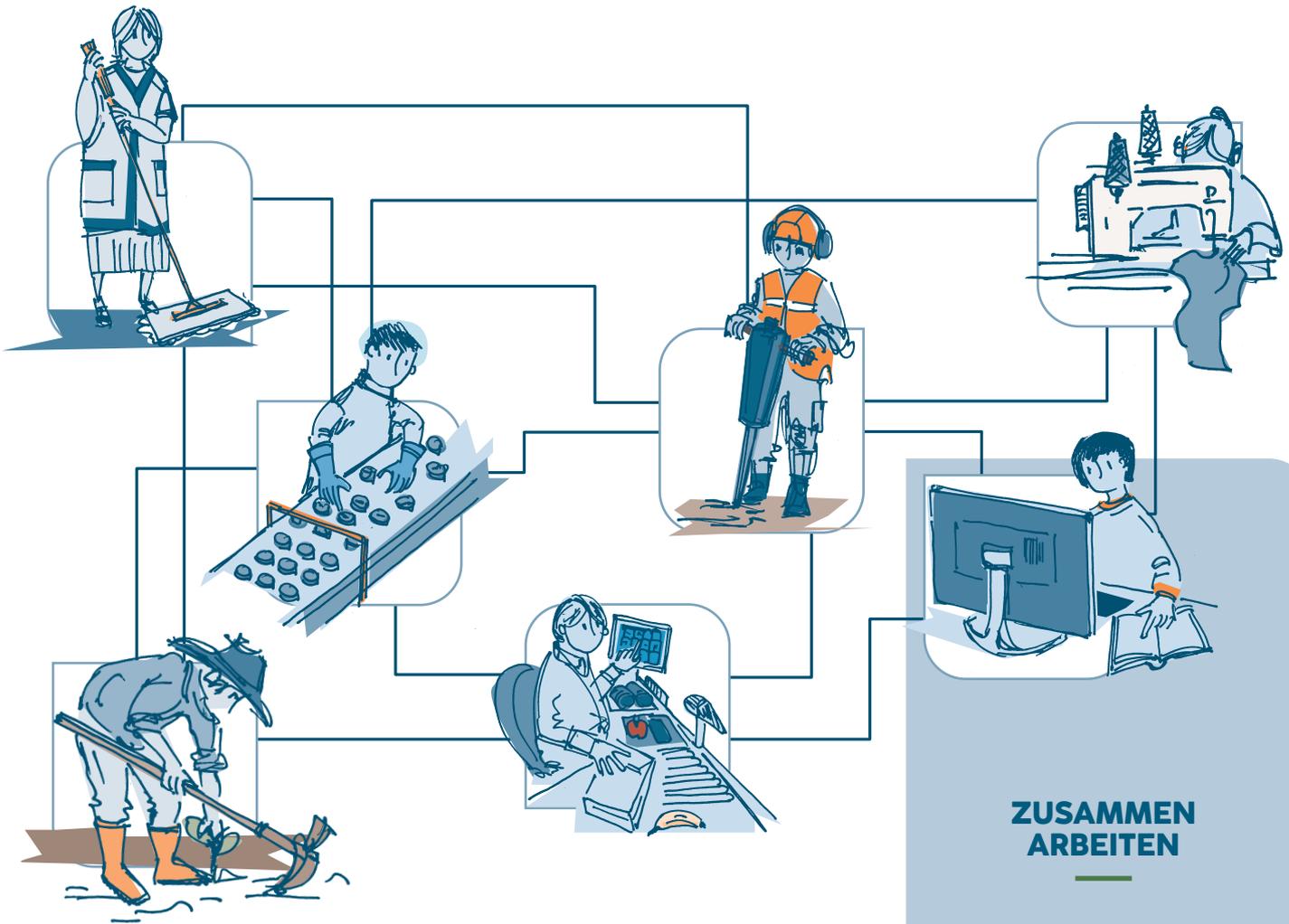
Was für Projekte und Aktivitäten verfolgt ihr?

In allen Branchen und Ländern unseres Netzwerks erleben wir, dass die Arbeitsbedingungen immer mehr zu körperlichen und psychischen Problemen führen. Wir schaf-

fen ein politisches Bewusstsein für > **Ausbeutung** und krankmachende Arbeit im Betrieb. Zentral für unsere Arbeit ist der Aufbau von Solidarität entlang von Wertschöpfungsketten. Wir verbinden die Arbeiter*innen aus Plantagen und Produktionsbetrieben in Brasilien, Indien, Sri Lanka und Bangladesch mit Beschäftigten aus dem Einzelhandel in Europa, die Waren verkaufen, zum Beispiel bei H&M, Zara oder Primark.

Was muss sich in Gesellschaft und Politik verändern, um die Situation aller Arbeiter*innen dauerhaft zu verbessern?

In unserem Netzwerk machen wir die Erfahrung, dass Dinge sich dann verändern, wenn Menschen in Bewegung kommen. Wir machen die Erfahrung, dass Regierungen und Unternehmen Arbeiter*innen und ihre Gewerkschaften in Zuschauerrollen drängen, anstatt Initiativen



ZUSAMMEN ARBEITEN

1978 gegründet, ist **TIE** ein globales Basisnetzwerk von Arbeiter*innen, die in Betrieben und Gemeinden aktiv sind.

TIE umfasst sowohl gewerkschaftliche als auch nicht-gewerkschaftliche Aktivist*innen aus dem formellen und informellen Sektor und zielt darauf ab, das internationale Bewusstsein und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer*innen und ihren Organisationen in verschiedenen Teilen der Welt zu fördern, zu organisieren und zu erleichtern.

www.exchains.org
www.tie-germany.org

Rechte und die Bemühungen von Unternehmen die Arbeiter*innen gegeneinander auszuspielen.

zu befördern, die die Verhandlungsmacht und Organisierungsfähigkeit stärken. Daher ist der erste Schritt, dass Menschen zusammenkommen, diskutieren und sich überlegen, wie sie ihre Forderungen und Vorstellungen durchsetzen. Wenn wir diese gewerkschaftlichen Räume stärken, dann können wir die Situation aller Arbeiter*innen verbessern.

Wie erlebt ihr das Verhältnis zwischen den Kolleg*innen im Globalen Süden und dem Globalen Norden?

Ein wichtiger Teil unserer Praxis ist es, die Gemeinsamkeiten der Arbeiter*innen erlebbar zu machen. Kolleg*innen aus dem Einzelhandel denken oft, dass sie den Arbeiter*innen in den Produktionsländern

helfen müssten. Die Arbeiter*innen aus der Produktion gehen oft davon aus, dass die Verkäufer*innen keine Probleme hätten. Sobald sich beide Seiten begegnen und miteinander reden, merken die Beteiligten, dass es trotz der Unterschiede gemeinsame Erfahrungen gibt. Dann reden die Arbeiter*innen von prekärer und krankmachender Arbeit und über Ausbeutung, aber auch von >**Sexismus** und >**Rassismus**. Sie teilen ihre gemeinsamen Wünsche und Hoffnungen auf ein gutes Leben. Dies baut Klassenbewusstsein auf und führt dazu, dass Arbeiter*innen ihre Probleme angehen wollen. Dies ist ein Prozess, den wir beständig lebendig halten, denn im Alltag gibt es viel, das uns spaltet. Rassismus und Sexismus in der Arbeitswelt, das Gerede vom Wir gegen Die, unterschiedliche

ARBEIT OHNE PAPIERE, ABER NICHT OHNE RECHTE

Ein Interview mit der Beratungsstelle UNDOK.

Arbeitsrechte gelten für alle Arbeitnehmer*innen – selbst wenn sie als Migrant*innen keine Papiere haben. Wenn undokumentiert Arbeitende von > **Ausbeutung** betroffen sind, können sie sich an die Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (kurz: UNDOK) wenden. Susanne Kimm, Radostina Stoyanova und Vina Yun von UNDOK erklären im Gespräch, wie die Anlaufstelle unterstützt.

Warum hat sich UNDOK gegründet?

Die UNDOK-Anlaufstelle wurde 2014 eröffnet und geht auf die Initiative von antirassistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und migrantischen Selbstorganisationen zurück. Ziel war es, Menschen, die ohne (Arbeits- oder/und Aufenthalts-)Papiere arbeiten, bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen, z.B. wenn sie um ihren Lohn betrogen werden – unter dem Motto: „Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!“.

Was für Projekte und Aktivitäten verfolgt ihr zurzeit?

Die Kernaufgabe von UNDOK ist die Beratung und Unterstützung von Menschen, die undokumentiert – also ohne die notwendigen Papiere – arbeiten. Dabei geht es meist um die Geltendmachung ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche. Außerdem unterstützen wir undokumentiert Arbeitende, wenn sie sich selbst organisieren wollen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Wir halten auch Workshops ab und setzen uns politisch für undokumentiert Arbeitende ein.

Was muss sich verändern, um die Situation undokumentierter Arbeiter*innen zu verbessern?

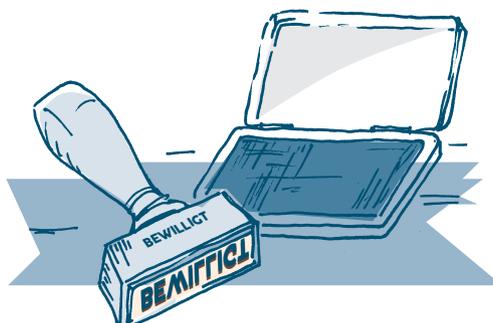
Zum einen braucht es einen umfassenden Zugang zu existenzsichernder Arbeit und gesicherten Aufenthaltstiteln für mehr Menschen, damit sie gar nicht erst in die Lage kommen, undokumentiert arbeiten zu müssen. Konkret wäre für undokumentiert Arbeitende wichtig, dass sie ihre Ansprüche leichter durchsetzen können. In vielen Kollektivverträgen – die auch für undokumentiert Arbeitende gelten! – gibt es sehr kurze Verfallsfristen. Damit kann man ausstehenden Lohn und andere Ansprüche nur in einem sehr knappen Zeitraum einfordern. Wenn man aber auf eine bestimmte Arbeit angewiesen ist, wehrt man sich oft nicht so schnell und verliert viel Geld.

Wie erlebt ihr das Verhältnis zwischen den Arbeiter*innen mit und denen ohne Papiere?

Kolleg*innen ohne Papiere werden oft als Konkurrenz gesehen, manchmal wird ihnen auch selbst die Schuld gegeben, dass sie so schlechte Arbeitsbedingungen hinnehmen. Dem begegnen wir z.B. dadurch, dass wir Kolleg*innen auch zu anderen (Beratungs-)Stellen begleiten und ihre Situation erklären. Oft können sich Menschen, die immer schon in Österreich gelebt und gearbeitet haben, gar nicht vorstellen, was es heißt, unter sehr prekären Bedingungen zu leben und zu arbeiten.

Wie kann man undokumentierte Kolleg*innen unterstützen?

Als Mitglied des Betriebsrats kann man explizit den Kontakt zu betroffenen migrantischen Kolleg*innen suchen und ihre Anliegen aufgreifen. Man kann undokumentierte Kolleg*innen zu uns oder anderen Stellen begleiten. Als Gewerkschaftsmitglied kann man sich für die Rechte von allen (!) Arbeitenden einsetzen.



Mehr Informationen
über UNDOK

<https://undok.at>

**MENSCHENRECHTE
GELTEN ÜBERALL
UND
FÜR ALLE.**

Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen diese Verpflichtungen einfach umgehen und im **Globalen Süden Arbeiter*innen massiv ausbeuten, deren Gesundheit und Umwelt gefährden.** Braucht es nicht strenge Gesetze, um das zu verhindern?

Wie kann es sein, dass der Welthandel im 21. Jahrhundert immer noch von

**MACHTSTRUKTUREN
AUS DER
KOLONIALZEIT**

geprägt ist?

Warum darf

**EIN KLEINER TEIL
DER MENSCHHEIT
AN FAST JEDEN ORT
DER WELT REISEN**

und wird mit offenen Armen empfangen, und warum werden andere **Menschen zur Migration gezwungen** und dürfen nirgendwo ankommen?

UM MAL GANZ EINFACH ZU FRAGEN...

Für eine gepflegte Stammtischdiskussion: Zwei bis drei Kolleg*innen, zwei bis drei erfrischende Getränke – gibt es eine bessere Runde um einfach mal über die großen Themen der Welt zu reden? Wir sind der Meinung, dass der Stammtisch zu Unrecht wegen dort getroffener Pauschalurteile in Verruf geraten ist. Ein Bewusstsein über ungerechte globale Machtverhältnisse, die viele Kolleg*innen in ihrem eigenen Alltag miterleben, kann auch beim Thema Fluchtursachenbekämpfung für ein aufgeklärtes Gesprächsklima sorgen. Wir machen ein paar Vorschläge für Einstiegsfragen in die Stammtischdiskussion.

**DIE
KLIMAKATASTROPHE
IST DA. JETZT.**

Im Globalen Süden gibt es bereits verheerende Naturkatastrophen. **Warum machen die Regierungen und Konzerne in Europa kaum etwas dagegen?**

Ein Großteil der Ressourcen wird im Globalen Süden abgebaut.

Ist es nicht ungerecht, dass die Arbeiter*innen dort

**UNTER
UNMENSCHLICHEN
BEDINGUNGEN
ARBEITEN**

müssen und die Gesellschaften **kaum etwas von den Gewinnen abbekommen**, damit in Europa der Wohlstand von vor allem Reichen und Konzernen gesteigert wird?

Auch in den „reichen“ Staaten geht die

**SCHERE ZWISCHEN
ARM UND REICH
IMMER WEITER
AUSEINANDER,**

werden mehr **Menschen ins Abseits gedrängt**, verlieren ihr Zuhause.

Warum nicht mit jenen **Allianzen bilden**, die ebenso von Ungerechtigkeit zur Flucht getrieben wurden, um

**GEMEINSAM FÜR
EINE BESSERE WELT
ZU KÄMPFEN?**

Wäre es nicht schön, ein Leben zu leben, in dem man

FÜR DAS WOHL ALLER

arbeitet und nicht nur gegen die eigene Abstiegsangst?

FÜR EINE FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG, DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT ÜBERWINDET

Um Fluchtursachen zu bekämpfen, muss sich die Produktions- und Lebensweise in den reichen Industrienationen grundlegend ändern. Die folgenden politischen Positionen und Forderungen setzen an ungleichen globalen Verhältnissen an:

1. MENSCHENRECHTE IN DEN LIEFERKETTEN

Die politische Debatte um >Lieferkettengesetze ist im vollen Gange und schafft einen Raum, um über die globale Verletzung von Menschenrechten durch Konzerne zu sprechen. Es ist realistisch, dass Arbeiter*innen, Betriebsräte und Gewerkschaften Einfluss darauf nehmen, diese Gesetze so effektiv und sozial wie nur möglich auszugestalten. **Wichtig ist es, dass die gesamten Wertschöpfungsketten in den Blick genommen werden** – auch dort, wo die Ressourcen für Kleidung, elektrische Geräte oder Lebensmittel abgebaut werden, müssen die Arbeiter*innen umfassend geschützt werden. Auch die Frage der Haftung ist zentral: Betroffene im >Globalen Süden müssen ihre Rechte einklagen können, um Entschädigungen zu erhalten, wenn Menschen oder die Umwelt zu Schaden kommen.



3. FAIRE HANDELSPOLITIK UND ZEITWOHLSTAND

Die Menschen im Globalen Süden sind abhängig von den Entwicklungen auf dem Weltmarkt und stehen in einem ständigen Konkurrenzkampf mit ausländischen Produkten. Um wieder Wertschöpfung im eigenen Land zu erzeugen sind Handelsabkommen oder Welthandelsregeln, die das verhindern, abzulehnen. Unternehmen aus Europa dürfen nicht von der Missachtung des Umweltschutzes, >Ausbeutung und von menschenunwürdiger Arbeit profitieren. Vor Ort müssen die Menschen die Möglichkeit haben, sich ein menschenwürdiges Leben aufzubauen.



Veränderung von Produktions- und Lebensweise muss auch für Arbeiter*innen in den Industriestaaten möglich werden. **Ein anderer Begriff von Wohlstand ist nötig: >Zeitwohlstand.** So kann der Weg für eine Lebensweise geebnet werden, die sich positiv auf den Globalen Süden auswirken wird.

2. EINE WIRKSAME UND SOZIALE KLIMAPOLITIK

Die Auseinandersetzung mit der menschengemachten >Klimakatastrophe wird die politischen Kämpfe der nächsten Jahrzehnte dominieren. Scheinlösungen sind zu vermeiden. **Eine wirksame Klimapolitik ist wichtig, um Lebensgrundlagen global zu erhalten, muss aber auch sozial sein.** Bedürfnisse der Arbeiter*innen, die heute in klimaschädlichen Arbeitssektoren arbeiten, dürfen nicht aus dem Blick geraten. Wenn der Ausstieg aus Kohle, Erdöl und Erdgas gelingen und die Automobilindustrie radikal ökologisch umgebaut werden soll, müssen die Arbeiter*innen aus diesen Sektoren bei diesen Prozessen demokratisch am Umbau beteiligt werden. Drohende Arbeitsplatzverluste sind durch Umschulungsangebote bei voller Lohnfortzahlung zu verhindern.



Global betrachtet, müssen Arbeiter*innen und Betroffene der Klimakatastrophe im Globalen Süden unterstützt werden: Etwa durch finanzielle Hilfen, die zum Aufbau von Schutzmaßnahmen beitragen.

4. KEINE WAFFENEXPORTE



Staaten und Unternehmen aus dem Globalen Norden haben in vielerlei Hinsicht einen Anteil an den Kriegen weltweit. Zusätzlich profitiert die europäische Rüstungsindustrie sogar noch von den bewaffneten Konflikten. Trotz Handelsbeschränkungen tauchen Rüstungsgüter auf verschiedenen Wegen immer wieder in Krisenherden auf. **Es gilt daher, auf ein konsequentes Verbot von Rüstungsgütern hinzuwirken.** Dabei muss sichergestellt sein, dass die Arbeiter*innen aus diesen Sektoren Umschulungen und neue Arbeitsplätze bekommen, ohne dass sie Lohneinbußen haben.

GLOSSAR

Einige der folgenden **Begriffserklärungen** orientieren sich an den Broschüren der **I.L.A.-Werkstatt** (Imperiale Lebensweise und solidarische Alternativen), die wissenschaftliche Analysen mit politischer Praxis verbinden:
<https://ilawerkstatt.org>

AUSBEUTUNG

Eine Person oder Personen-
gruppe lebt auf Kosten anderer
Personen oder Personengruppen.

BOKO HARAM

Eine islamistische und terro-
ristische Gruppierung aus
Nigeria, die einen Gottesstaat
errichten will und sich gegen
westliche Bildung ausspricht.

CO₂ KOHLENSTOFFDIOXID

Durch die Verbrennung von
Rohstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas)
wird immer mehr CO₂ freige-
setzt, das den menschengemach-
ten Klimawandel anheizt.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Meint eine Lebens- und
Produktionsweise, in der Alle
gemeinsam darüber entschei-
den, wie Lebensmittel erzeugt
und konsumiert werden.

FRONTEX

Die europäische Agentur für
die Grenz- und Küstenwache. Sie
soll die EU-Mitgliedstaaten beim
Schutz der Außengrenzen un-
terstützen. Dazu erstellt Frontex
Berichte, organisiert Operationen
zu Land und See, überwacht die
Außengrenzen und verfügt auch
über Beamt*innen, die von den
EU-Mitgliedstaaten gestellt werden.

GLOBALER NORDEN UND GLOBALER SÜDEN

Damit sind keine geographischen
Orte gemeint. Vielmehr geht es um
die Frage, welche Länder auf der
Welt politisch und ökonomisch,
auch aufgrund der Folgen des
Kolonialismus (siehe >**Kolonia-
lismus**), benachteiligt sind. Der
Globale Norden genießt dabei
wirtschaftliche und politische Vor-
teile, während der Globale Süden
demgegenüber strukturell benach-
teiligt ist. Wenn von Globalem
Norden und Globalen Süden die
Rede ist, dann geht es auch darum,
die Ungleichheit auf der Welt in
Beziehung zueinander zu setzen.

IMPERIALE LEBENS- & PRODUKTIONSWEISE

Ein Begriff, den die Wissen-
schaftler Ulrich Brand und Markus
Wissen geprägt haben. Darunter
verstehen sie eine Wirtschaftsweise,
durch die sich der Globale Norden
weltweit Natur und Arbeitskraft
zunutze macht, die sozialen und
ökologischen Folgen aber vorran-
gig im Globalen Süden anfallen.

KLIMAKATASTROPHE

Meint die weltweite Veränderung
des Klimas, zum Beispiel durch
Abkühlung oder Erwärmung. Durch
die Verbrennung von Rohstoffen
(siehe >**CO₂**) hat die Lebens- und
Produktionsweise des Menschen
zu einer extrem schnellen Ver-
änderung des weltweiten Klimas
beigetragen. Man spricht insofern
auch vom Zeitalter des Anthro-
pazäns (altgriechisch für Mensch).

KOLONIALISMUS

Bezeichnet die gewaltsame Aneignung und Unterwerfung von Territorien und deren Bevölkerungen durch reiche und mächtige Länder. Auch nach der Unabhängigkeit vieler ehemals kolonisierter Staaten, wirken die wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse nach.

LANDGRABBING

Oder zu Deutsch auch Landnahme oder Landraub meint das Vorgehen vieler Staaten und Konzerne, sich vorwiegend im Globalen Süden im großen Stil landwirtschaftliche Flächen anzueignen, um damit Gewinne zu erzielen.

LGBT

Die Abkürzung für lesbisch, schwul, bisexuell und transgender, also der Zusammenschluss von Menschen verschiedener sexueller Orientierung und/oder Identität.

RASSISMUS

Darunter versteht man gesellschaftliche Verhältnisse und/oder Einstellungen, durch die Menschen, aufgrund äußerer Merkmale (z.B. der Hautfarbe), ungleich behandelt werden.

RECHT AUF BEWEGUNGSFREIHEIT

Damit ist ein Recht gemeint, das jedem Menschen – unabhängig von Staatsbürgerschaft, Herkunft oder Visapapieren – die Möglichkeit gibt, sich frei auf der Welt zu bewegen.

SEXISMUS

Ein Oberbegriff für gesellschaftliche Verhältnisse und Einstellungen, durch die Menschen aufgrund ihres Geschlechts ungleich behandelt werden.

TRANSNATIONALE UNTERNEHMEN

Unter den Begriff fallen Unternehmen und Konzerne, die in mehreren Staaten auf der Welt Niederlassungen bzw. Tochterfirmen haben oder ihre Unternehmensplanung global ausrichten.

WERTSCHÖPFUNGSKETTE

Darunter versteht man die Abfolge von Prozessen in Unternehmen, um bestimmte Produkte zu erzeugen. Diese Prozesse können an unterschiedlichen Orten der Welt stattfinden und laufen am Ende zusammen.

ZEITWOHLSTAND

Eine Änderung der Produktions- und Lebensweise soll auch Vorteile für die Arbeiter*innen in den reichen Industriestaaten haben. Ein anderer Begriff von Wohlstand ist nötig: Zeitwohlstand. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gehört schon lange zum Programm von Gewerkschaften und der Arbeiter*innenbewegung. Mehr Zeit für die eigenen Bedürfnisse zu haben, entspricht nicht nur den Wünschen eines großen Teils der Beschäftigten, sondern ebnet auch den Weg für eine andere Lebens- und Produktionsweise, die sich positiv im Globalen Süden auswirken wird.

QUELLEN- VERZEICHNIS

Akkermann, Mark (2019):

Business of Building Walls:

<https://www.tni.org/en/publication/the-business-of-building-walls>.

Ärzte ohne Grenzen (2024):

EU sponsored shameful abuse in the Central Mediterranean must end: <https://www.msf.org/eu-sponsored-shameful-abuses-central-mediterranean-must-end>.

Baumann, Mechthild (2014):

Frontex und das Grenzregime der EU. In: Bundeszentrale für politische Bildung: <https://rb.gy/3053h1>.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus

(2017): **Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus,** München.

Castles, Stephen (2005):

Warum Migrationspolitiken scheitern. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 25(97/98): S. 10-34.

EU-Kommission (2024): **Migration an Home Affairs:**

https://home-affairs.ec.europa.eu/funding_en.

EU-Kommission (2020): **Verantwortungsvolle Lieferketten:**

Studie untersucht Optionen für EU-Gesetzgebung: https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/en/mex_20_323.

European Commission, Joint

Research Centre, Crippa, M., Guizzardi, D., Schaaf, E. et al.

(2023): **GHG emissions of all world countries: 2023. Publications Office of the European Union.** <https://data.europa.eu/doi/10.2760/953322>.

FRONTEX (2024):

Public Register of Documents:

<https://prd.frontex.europa.eu>.

GIZ/AHK/GTAI (2021): **Neue Märkte – Neue Chancen: Ein Wegweiser für deutsche Unternehmen.**

Nigeria. <https://rb.gy/3l8g1r>

Greenpeace (2023): **The Dirty Dozen. The Climate Greenwashing of 12 European Oil Companies:**

<https://greenpeace.at/uploads/2023/08/report-the-dirty-dozen-climate-greenwashing-of-12-european-oil-companies.pdf>.

Guardian (2021): **Revealed: 2,000 refugee deaths linked to illegal**

EU pushbacks: www.theguardian.com/global-development/2021/may/05/revealed-2000-refugee-deaths-linked-to-eu-pushbacks.

IDMC (2024): **IDMC Data Portal:**

<https://www.internal-displacement.org/database/displacement-data/>.

International Labour Organization (ILO) (2024): **A call for safer and healthier working environments:**

<https://researchrepository.ilo.org/esploro/outputs/report/995343988202676>.

International Labour Organization (ILO) and United Nations Children's Fund (UNICEF)

(2021): **Child Labour: Global estimates 2020, trends and the road forward:** https://www.ilo.org/ipecc/Informationresources/WCMS_797515/lang--en/index.htm.

International Labour Organization (ILO), Walk Free, and International Organization for Migration (IOM) (2022): **Global Estimates of Modern Slavery Forced Labour and Forced Marriage:**

https://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/publications/WCMS_854733/lang--en/index.htm.

International Organisation for Migration (2024): **Missing Migrants Project:**

<https://missingmigrants.iom.int/>.

Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): **Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration:** <https://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>.

Land Matrix (2021): **Taking stock of the global land rush: Few development benefits, many human and environmental risks.** Analytical Report III: <https://landmatrix.org/resources/?category=analytical-report>.

Mare Liberum (2020): **Push-Back-Report 2020:** <https://mare-liberum.org/de/pushback-report-2020/>.

Mari, Francisco (2020): **Referent bei Brot für die Welt,** Experteninterview am 10.7.2020.

medico international/Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) (2023): **Warum Menschen fliehen. Ursachen von Flucht und Migration – Ein Thema für Bildung und Gesellschaft:** <https://rb.gy/zqx6ee>

medico international (2011): **Fluchtursache Reichtum:** https://www.medico.de/fileadmin/_migrated_/document_media/1/fluchtursache-reichtum-migration-und-rohstoffh.pdf.

Oxfam (2023): **Climate Equality: A Planet for the 99%:** <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-equality-a-planet-for-the-99-621551/>.

SPIRI (2024): **Trends in International Arms Transfers,** 2023: <https://www.sipri.org/publications/2024/sipri-fact-sheets/trends-international-arms-transfers-2023>.

United Nations Development Programme (2017): **Journey to Extremism in Africa:** <https://journey-to-extremism.undp.org>.

UNO-Flüchtlingshilfe (2022): **Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht:** <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2018): **Zeitgerechte Klimapolitik: Vier Initiativen für Fairness.** Politikpapier Nr. 9.

World Bank (2024): **The World Bank in Nigeria. Overview:** <https://www.worldbank.org/en/country/nigeria/overview>.

WWF (2021): **Stepping Up Report:** <https://rb.gy/6am5yw>.

Zamani, O., Pelikan, J., Schott, J., (2022): **Export von Geflügel- und Milchprodukten nach Westafrika:** Eine Analyse von Handelsdaten, Project brief / Thünen Institute. Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig. <https://doi.org/10.3220/PB1648626374000>.

